

VORBEUGEN FÜR MEHR STABILITÄT

NEUE WIRTSCHAFTSPOLITISCHE STEUERUNG DER EU

Wer kennt das nicht? Es beginnt mit einem leichten Kratzen im Hals, danach läuft schon bald die Nase, und nur wenige Tage später findet man sich mit Fieber im Bett wieder. Wäre man doch bloß zwei Tage früher zum Arzt gegangen. Denn je früher die Symptome einer starken Erkältung, einer Grippe oder einer Virusinfektion bereits im Ansatz erkannt werden, umso eher lässt sich das Schlimmste möglicherweise noch verhindern. Das lässt sich auch auf derzeit finanziell kränkelnde Staaten im Euro-Raum übertragen.

WIRTSCHAFTLICHE FEHLENTWICKLUNGEN FRÜH ERKENNEN

Im Sog der globalen Wirtschafts- und Finanzkrise gerieten einige Staaten Europas im vergangenen Jahr in eine finanzielle Schiefelage. Dabei blieb zwar der Euro bisher stabil, aber es wurde auch deutlich, dass die Währungsunion in Europa nicht so reibungslos funktional und stabil ist, wie sie sollte. Um die Stabilität des Euroraums langfristig zu sichern, haben die verantwortlichen Staats- und Regierungschefs daher einen umfassenden Maßnahmenkatalog beschlossen, der eine ganze Reihe von neuen Elementen der wirtschaftspolitischen Steuerung bringt. Vorbeugende Maßnahmen spielen hierbei eine große Rolle: Wirtschaftliche Fehlentwicklungen in einzelnen Ländern zu erkennen und zu beheben, bevor sie die öffentlichen Haushalte belasten, das ist das vorrangige Ziel. Denn aus Krisen kann man lernen. Das sollte man sogar, damit es beim nächsten Mal nicht wieder schief geht.

VIEL ZU TUN: EUROPA 2020

An eine grundlegende Stärkung der Volkswirtschaften ihrer Länder dachten die Staats- und Regierungschefs der EU, als sie bereits vor zwei Jahren eine Agenda festlegten, die auf eine Entfaltung des Wachstumspotentials zielte: Mit der „Strategie Europa 2020“ sollte ein Rahmen geschaffen werden, um die EU in einen nachhaltig funktionierenden Wirtschaftsraum umzuwandeln:

- **Mehr Beschäftigung:** Der Anteil der Beschäftigten unter den 20- bis 64-Jährigen in der EU soll sich auf mindestens 75 Prozent erhöhen.
- **Mehr Innovation:** 3 Prozent des Bruttoinlandprodukts sollen künftig in Forschung und Entwicklung gesteckt werden.
- **Mehr Klimaschutz:** Treibhausgase sollen weiter verringert und die Energieeffizienz insgesamt gesteigert werden – um jeweils 20 Prozent. Der Anteil erneuerbarer Energien am gesamten Energieverbrauch soll auf 20 Prozent erhöht werden.
- **Mehr Bildung:** Zukünftig soll es weniger Schulabbrecher und mehr junge Leute mit Hochschulabschluss geben.
- **Bekämpfung der Armut:** Die Zahl der in Armut lebenden Menschen in Europa soll um 20 Millionen sinken.

„STUDIEREN“ FÜR DIE WIRTSCHAFT –
DAS EUROPÄISCHE SEMESTER

Damit diese anspruchsvollen Ziele erreicht werden können und der Prozess der wirtschaftspolitischen Koordinierung mit der finanzpolitischen Überwachung verzahnt bleibt, erhalten die Mitgliedstaaten der EU vom Europäischen Rat Empfehlungen für notwendige finanz- und wirtschaftspolitische Reformen. Das Ganze nennt sich das „Europäische Semester“. Sein Name rührt daher, dass es einem festen Fahrplan über sechs Monate folgt und jeweils zu Jahresbeginn einsetzt – ähnlich einem Semester an einer Universität.

Spätestens im Januar veröffentlicht die EU-Kommission ihren Jahreswachstumsbericht. Darin benennt sie die wirtschafts-, finanz- und beschäftigungspolitischen Prioritäten der Union für das kommende Jahr. Auf der Grundlage dieses Berichts entscheiden die Staats- und Regierungschefs im März, welche Richtung die einzelnen Länder in ihrer nationalen Politik einschlagen sollen. Im April legen die Staaten dann ihre Pläne für Haushalts- und Wirtschaftspolitik vor. Die Kommission bewertet die Programme im Juni und gibt, falls nötig, Empfehlungen für die einzelnen Länder, die dann im Juli offiziell vom Rat genehmigt werden. Der Rest des Jahres bleibt den Staaten dann für die Umsetzung der Empfehlungen.

So erhielt Deutschland 2012 beispielsweise die Hausaufgabe, das Gesundheitswesen und das Steuersystem effizienter zu gestalten. Die Steuer- und Abgabenlast für Geringverdiener müsse gesenkt und mehr Geld in Bildung und Forschung investiert werden. Darüber hinaus müsse die Zahl der Ganztagskindertagesstätten und -schulen erhöht werden.

VORBEUGEN FÜR MEHR STABILITÄT

DAS SCOREBOARD DES GESAMTWIRTSCHAFTLICHEN ÜBERWACHUNGSVERFAHRENS

Indikatoren für Ungleichgewichte

○ Leistungsbilanzsaldo (gleitender Dreijahresdurchschnitt in Prozent des BIP)	○ Defizit > 4 % Überschuss > 6 %
○ Nettoauslandsvermögen (in Prozent des BIP)	○ geringer als 35 %
○ Rückgang des Exportmarktanteils (innerhalb fünf Jahren)	○ um mehr als 6 %
○ Steigerung der Lohnstückkosten (innerhalb drei Jahren)	○ um mehr als 9 %
○ Schwankungen des realen effektiven Wechselkurses (innerhalb drei Jahren)	○ höher als 5 %
○ Private Verschuldung (in Prozent des BIP)	○ höher als 160 %
○ Öffentliche Verschuldung (in Prozent des BIP)	○ höher als 60 %
○ Kreditfluss im Privatsektor (in Prozent des BIP)	○ größer als 15 %
○ Jährliche Steigerung der Immobilienpreise (in Relation zu Verbraucherpreisen)	○ größer als 5 %
○ Durchschnittliche Arbeitslosenquote (gleitend über drei Jahre)	○ höher als 10 %

Schwellenwert

Quelle: Bundesfinanzministerium, Oktober 2012

DAS SCOREBOARD – FRÜHWARNSYSTEM BEI WIRTSCHAFTLICHEN SCHIEFLAGEN

Eingebunden in das Europäische Semester ist ein neues Überwachungssystem. Es soll drohende Ungleichgewichte in den Mitgliedstaaten, die die Stabilität der eigenen Wirtschaft, der Eurozone und der EU gefährden könnten, frühzeitig aufzudecken. Auf einem Scoreboard sind die wichtigsten „Anzeiger“ für gesamtwirtschaftliche Ungleichgewichte erfasst. Wenn beispielsweise in einem Mitgliedstaat die Häuserpreise massiv steigen, sein Anteil an den weltweiten Exporten zurückgeht oder die Arbeitslosenquote im Durchschnitt der letzten drei Jahre bei über zehn Prozent liegt, schlägt der Warnmechanismus an entsprechender Stelle an.

Die Ergebnisse veröffentlicht die Kommission im sogenannten Frühwarnbericht und verbindet sie mit einer Risikoeinschätzung für jedes einzelne Land. Nur wenn die Kommission bei der Auswertung des Scoreboard zum Urteil kommt, dass in einem Land problematische Ungleichgewichte bestehen oder bevorstehen könnten, wird der Mitgliedstaat noch einmal vertieft untersucht.

Stellt sich bei dieser Analyse heraus, dass übermäßige Ungleichgewichte bestehen, wird der Mitgliedsstaat auch verpflichtet, nach Lösungswegen zu suchen und die Situation zu verbessern. Diese Komponente des Überwachungsverfahrens heißt „Korrektiver Arm“ und ist vergleichbar mit dem Defizitverfahren in der Haushaltspolitik: Kommt ein Euro-Staat dieser Verpflichtung nicht nach, drohen ihm finanzielle Strafen.

AUFGABEN

1. Die „Strategie Europa 2020“ hat fünf Säulen. Welche konkreten Schritte könnten geeignet sein, um die jeweilige Ziele zu erfüllen? Sammelt zunächst in Partnerarbeit Ideen und überlegt anschließend, ob sich bestimmte Schritte widersprechen. Entwickelt dann ein Ideenpapier oder ein Schaubild.
2. Lesen Sie den Zeitungsartikel „EU-Staaten pfeifen auf Empfehlungen aus Brüssel“ online in den VDI-Nachrichten unter www.vdi-nachrichten.com > Suche > Sucheingabe: „EU-Staaten“ und beantworten Sie folgende Fragen:
 - a) Was ist die Kernaussage des Artikels?
 - b) Befinden sich die genannten Länder, die die Empfehlungen ablehnen, in einer besonderen politischen Situation und wenn ja, in welcher?
3. Sollte die EU den Mitgliedstaaten in Wirtschaftsfragen mehr „vorschreiben“ als empfehlen, um künftige Krisen zu verhindern – oder sollten die einzelnen Staaten weiterhin die Entscheidungshoheit behalten? Teilt die Klasse in zwei Lager, sammelt Argumente und führt eine Podiumsdiskussion mit Vertretern beider Seiten durch.

INTERNET

- Das Bundesfinanzministerium hat eine eigene Website rund um den Euro aufbereitet: www.stabiler-euro.de
- Das Arbeitsblatt „Mehr Kontrolle – mehr Vernunft? Neue haushaltspolitische Überwachung der EU“ fasst die begleitenden Maßnahmen zur Haushaltsüberwachung der EU zusammen: www.jugend-und-bildung.de > Unterrichtsmaterial > Arbeitsblätter > Steuersystem und Finanzpolitik